

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3775

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3775



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Diskussionspapier

AUFBRUCH IN AFRIKA

HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

FÜR EINE JUNGE BEVÖLKERUNG

Die jungen Gesellschaften Subsahara-Afrikas verfügen über ein grosses Entwicklungspotenzial. Doch damit sich dieses entfalten kann, braucht es eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Transformation.

Volkswirtschaften müssen diversifizieren und ihre Produktivität und Innovationskraft steigern. Sie müssen Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und dabei sicherstellen, dass die Gewinne allen Bevölkerungsschichten zugutekommen.

Dies verlangt eine verantwortungsvolle Regierungsführung, eine verbesserte Infrastruktur und einen panafrikanischen Handelsraum. Vor allem aber braucht es Investitionen in Schulbildung und Berufsbildung sowie gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten.

Subsahara-Afrika ist im Aufbruch. Sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungspotenzial ist beträchtlich. Viele Länder verzeichnen ein Wirtschaftswachstum dank einer steigenden Anzahl innovativer, junger Unternehmen, die landesweit und über die Grenzen hinweg tätig sind. Dabei kommen ihnen die an verschiedenen Orten verbesserten Rahmenbedingungen – einschliesslich demokratischer Fortschritte, friedlicher Machtwechsel und einem leichten Rückgang der Konflikte – entgegen.

Die Afrikanische Union, der alle 55 afrikanischen Staaten angehören, strebt mit der «Agenda 2063: The Africa We Want» eine umfassende soziale und wirtschaftliche Transformation des Kontinents mit demokratischer Regierungsführung, Sicherheit und Frieden an. Doch dafür braucht es den politischen Willen aller Akteure, die nach wie vor enormen Hürden wie Ungleichheit, Gewalt, schlechte Infrastruktur und Klimawandel gemeinsam anzupacken. Als besondere Herausforderungen erweisen sich dabei das rasante Bevölkerungswachstum, die ungebremste Urbanisierung, die schwache politische Legitimation vieler Staaten sowie erhebliche Defizite in der Schul- und Berufsbildung.

Obwohl der formelle Sektor wächst, ist die Wirtschaft Subsahara-Afrikas überwiegend informell, in ländlichen Gebieten ebenso wie in urbanen. Eine inklusive und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit flächendeckenden Beschäftigungsmöglichkeiten kann daher nur gelingen und gefestigt werden, wenn Afrikas Gesellschaften, Regierungen und Unternehmen gemeinsam auf eine sozial- und umweltverträgliche Weiterentwicklung auch des informellen Sektors hinarbeiten. Dabei muss der Fokus auf Branchen wie der Landwirtschaft, dem Tourismus und der Informations- und Kommunikationstechnologie liegen, auf der Entwicklung der Sekundärstädte ausserhalb der grossen Agglomerationen und auf dem Ausbau staatlicher Dienstleistungen in ländlichen Regionen. Damit dies gelingt, braucht es nebst einem effizienten Steuersystem, das die dafür nötigen Mittel sicherstellt, vor allem Investitionen in ein inklusives, qualitativ hochstehendes Schulsystem und in eine auf die Arbeitswelt ausgerichtete Berufsbildung – damit die überwiegend junge Bevölkerung Subsahara-Afrikas die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für ein wirtschaftliches Auskommen und Beschäftigung erlangt.



Autor / Kontakt:

Geert van Dok
Politische Kommunikation

geert.vandok@helvetas.org



Mit Beteiligung von:

Zenebe B. Uraguchi
Beratungsdienste
Entwicklung von Marktsystemen

zenebe.uraguchi@helvetas.org

HELVETAS EMPFIEHLT

Damit sich das Entwicklungspotenzial Subsahara-Afrikas entfalten kann, braucht es eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Transformation. Dabei stehen fünf Handlungsfelder im Zentrum. Deren Umsetzung setzt ein demokratisches Miteinander von Staat, Privatsektor und Zivilgesellschaft als wichtigste Entwicklungsakteure voraus. Als Vision und Aktionsplan dient dabei die Agenda 2063 der Afrikanischen Union.



Afrika weist grosse kulturelle, politische und wirtschaftliche Trennlinien auf, speziell zwischen Nordafrika und Subsahara-Afrika. Doch die panafrikanischen Integrationsansätze der Afrikanischen Union nehmen zu. Für die Zukunft entscheidend ist, ob es gelingen wird, die Schwierigkeiten der Globalisierung, der Demografie und des Klimawandels zu meistern, die Wirtschaft nachhaltig zu gestalten und den panafrikanischen Handel voranzubringen.

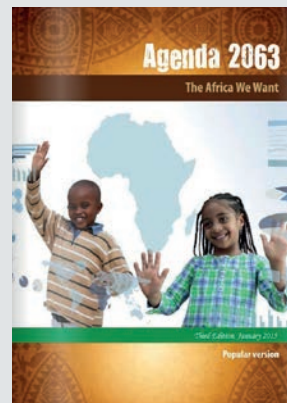
Afrika umfasst 55 Länder mit je eigener Geschichte, Kolonialisierung und Entwicklung und beheimatet eine enorme geografische, kulturelle und sprachliche Vielfalt, mit zahlreichen territorialen, klimatologischen und historisch gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Trennlinien. Nebst ehemaligen Kolonialsprachen wie Englisch und Französisch gibt es bis zu 2000 afrikanische Sprachen. Während Südafrika oder Nigeria als Schwellenländer gelten, zählen 33 afrikanische Staaten zu den 47 «am wenigsten entwickelten Ländern». Doch die politische und wirtschaftliche Integration nimmt zu. So sind alle Staaten Mitglied der Afrikanischen Union (AU). Diese verfügt über ein Parlament und zahlreiche Tochterorganisationen wie Währungsfonds, Investmentbank und Sicherheitsrat. Im Mai 2019 trat zudem das Afrikanische Freihandelsabkommen in Kraft.

Der internationale Diskurs unterscheidet meistens zwischen Nordafrika und Subsahara-Afrika. Denn der regionale Bezugspunkt Nordafrikas sind seit der Antike eher die Mittelmeer-Anrainerstaaten als die Region südlich der Sahara. Grund dafür ist seine islamische Prägung und die Zugehörigkeit zur arabischen Welt, aber auch die intensiven, oft spannungsreichen Beziehungen zu Europa. Doch gab und gibt es auch Verbindendes wie den Transsaharahandel und die panafrikanische Integration durch die AU.

Im vorliegenden Diskussionspapier ist – im Wissen um diese Vielfalt – von Subsahara-Afrika die Rede. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung müssen seine Länder gemeinsam eine grundlegende Transformation anstossen: Volkswirtschaften müssen diversifizieren und ihre Produktivität und Innovationskraft steigern, sie müssen Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und sicherstellen, dass die Gewinne breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen und «niemand zurückgelassen wird» (Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung) – auf dem Land ebenso wie in den Städten. Dies verlangt eine verantwortungsvolle Regierungsführung, eine verbesserte

und flächendeckende Infrastruktur, erneuerbare Energien und einen panafrikanischen Handelsraum. Vor allem aber braucht es Investitionen in die Schul- und Berufsbildung sowie gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten.

«Agenda 2063: The Africa We Want»



Mit der 2013 verabschiedeten Agenda 2063 zielt die Afrikanische Union (AU) auf die Transformation des Kontinents mittels «integrativer sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, kontinentaler und regionaler Integration, demokratischer Regierungsführung sowie Frieden und Sicherheit».

Die Agenda ist Vision und Aktionsplan in einem. Sie baut auf bisherige und bestehende kontinentale Aktionspläne und Initiativen für Wachstum und nachhaltige Entwicklung auf und will deren Umsetzung beschleunigen. Dazu zählen CAADP (Comprehensive Africa Agriculture Development Programme), PIDA (Programme for Infrastructure Development in Africa), STISA (Science Technology Innovation Strategy for Africa), AMV (African Mining Vision), AIDA (Accelerated Industrial Development for Africa) und BIAT (Boosting Intra-African Trade). Die 2001 ins Leben gerufene NEPAD (New Partnership for Africa's Development) dient der AU dabei als übergeordnete Entwicklungsagentur für die Agenda 2063. Sechs Jahre nach ihrer Verabschiedung sind die Erfolge der Agenda 2063 aber noch bescheiden.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR ENTWICKLUNG

Subsahara-Afrika ist im Aufbruch. Sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungspotenzial ist beträchtlich. Mit ihrer «Agenda 2063: The Africa We Want» will die Afrikanische Union die Transformation des Kontinents vorantreiben. Doch dafür braucht es den politischen Willen aller Akteure, die nach wie vor enormen Hürden wie Ungleichheit, schwache Staatlichkeit und Konflikte, schlechte Infrastruktur und die Folgen des Klimawandels anzupacken.

Afrika verändert sich rasch. Viele Länder verzeichnen ein stetes Wirtschaftswachstum, Treiber waren der mittlerweile stark abgeschwächte Rohstoffboom nach der Jahrtausendwende und sind heute Investitionen in die Infrastruktur und eine wachsende Anzahl solider und innovativer Unternehmen. Es gibt Ansätze von Demokratie und vereinzelt friedliche Machtwechsel. Um diese positiven Entwicklungen voranzutreiben, strebt die Afrikanische Union mit ihrer Agenda 2063 eine umfassende Transformation an. Doch der Weg ist voller Hindernisse.

Wachstum versus Armut und Ungleichheit

Gemessen am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), hat sich Subsahara-Afrika seit 2000 wirtschaftlich bemerkenswert entwickelt, nach 20 Jahren schrumpfender Wirtschaft. Die Wachstumsrate lag seither bei durchschnittlich 4,7 Prozent pro Jahr; Länder wie Äthiopien, Nigeria, Ruanda oder Guinea gehören zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Bis 2023 werden laut der African Development Bank rund ein Drittel der Länder Wachstumsraten von durchschnittlich 5 Prozent aufweisen.

Abb. 1: Wachstum BIP und BIP-pro-Kopf, 1999–2018

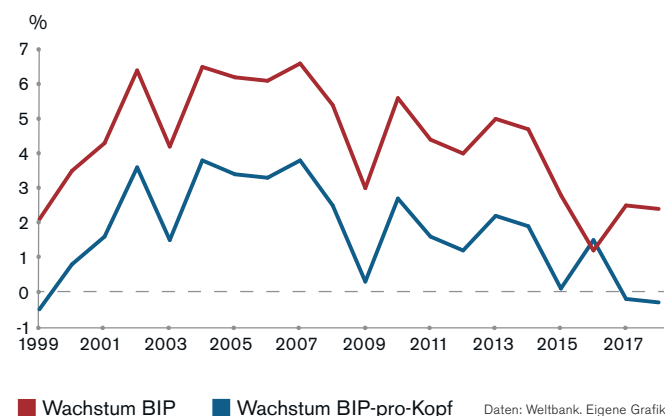
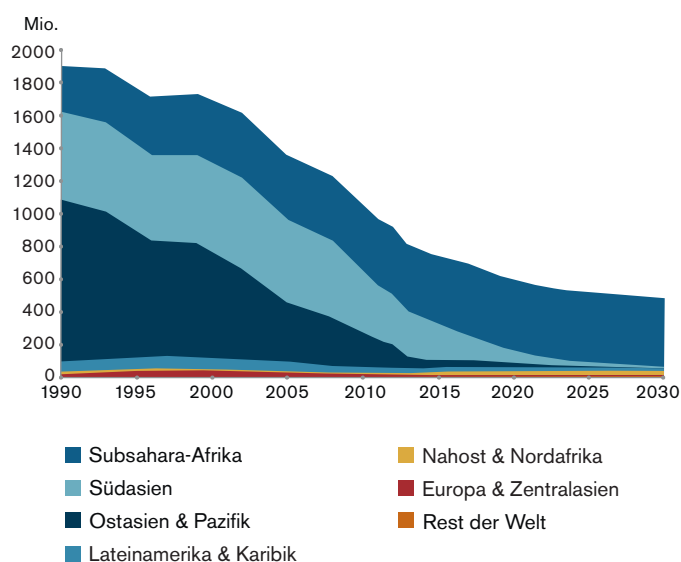


Abb. 2: Armut nach Weltregionen 1990–2030



Quelle: Brookings/World Development Indicators (World Bank)

Doch BIP-Wachstumsdaten sind trügerisch: Der informelle Sektor, der rund 60 Prozent der Wirtschaft Subsahara-Afrikas ausmacht, wird damit kaum erfasst. Auch sagen die Daten nichts über das volkswirtschaftliche Niveau und über die Branchen aus. So betrug 2014 der Anteil der verarbeitenden Industrie nur 10 Prozent, jener des Dienstleistungssektors aber fast 60 Prozent des BIP. Denn das Wachstum vieler Länder beruht auf der Gewinnung von Rohstoffen. Und schliesslich widerspiegelt das BIP-Wachstum in keiner Weise die soziale Ungleichheit. Pro Kopf liegt die Wachstumsrate des BIP wegen des Bevölkerungswachstums deutlich tiefer (Abb. 1).

Tatsächlich ist Subsahara-Afrika die Weltregion mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen. Laut Weltbank lag es 2018 kaufkraftbereinigt (PPP) bei 4,3 US-Dollar pro Tag, wobei etwa zwei Drittel der Menschen über weniger als

2 US-Dollar pro Tag verfügen. Das bisherige Wirtschaftswachstum kommt nicht der Bevölkerung als Ganzes zugute, sondern verstärkt die Ungleichheit. Die Armutsquote sinkt zwar, aber so langsam wie sonst nirgends auf der Welt, und die Anzahl Menschen in extremer Armut stieg wegen des Bevölkerungswachstums von 280 Millionen in 1990 auf über 410 Millionen im Jahr 2015. Bis 2030 könnten laut dem Center for Global Development weitere 150 bis 200 Millionen dazukommen (Abb. 2).

Der Gini-Index verdeutlicht die gravierende Einkommens- und Vermögensungleichheit: je höher der Koeffizientwert, desto grösser die Ungleichheit (Abb. 3). Weltweit gesehen ist die Schere beim Einkommen zwischen arm und reich in Südafrika am grössten. Die Ungleichheit hat verschiedene Ursachen: Ihren Ursprung hat sie meist in der Kolonialzeit. Mit den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank in den 1980er und 1990er Jahren verfestigte sie sich. Und schliesslich verstärkten die übermässige Abhängigkeit vom Rohstoffsektor und unzureichende Investitionen in den Agrar- und in weiteren erfolgversprechenden Sektoren Armut und Ungleichheit.

Aufstrebende Demokratie versus Autokratie, Fragilität und Konflikte

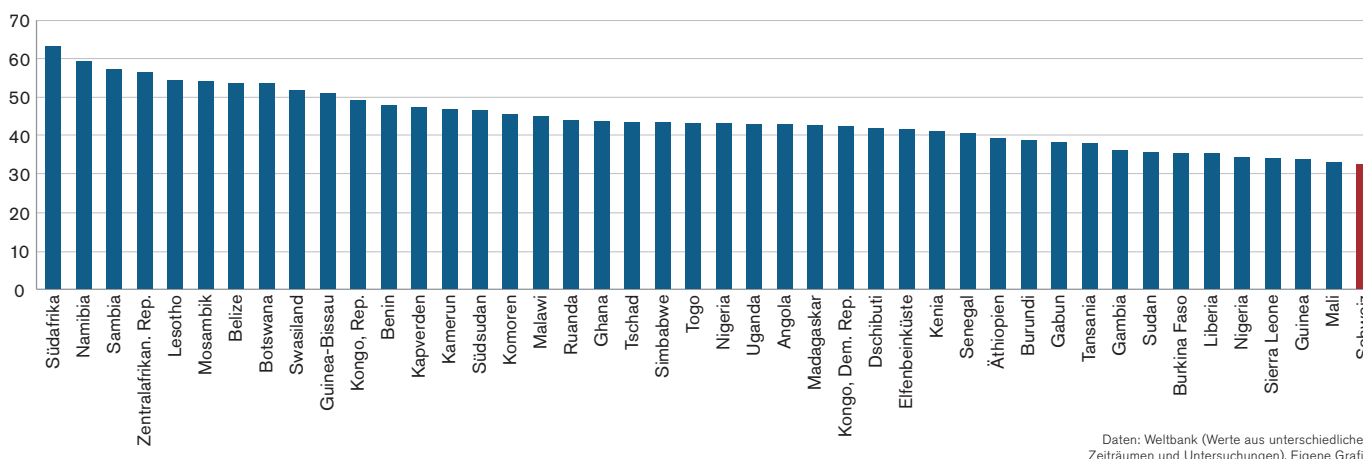
Auch wenn sich die Bedingungen vielerorts dank demokratischem Fortschritt und friedlichen Machtwechseln verbessern, ist die Machtkonzentration in den Händen einer Elite in Subsahara-Afrika nach wie vor weit verbreitet. Diese kümmert sich meist wenig um die Bedürfnisse der Bevölkerung, treibt – oft gemeinsam mit internationalen Investoren – die Ausbeutung der Rohstoffe voran oder öffnet Landgrabbing Tür und Tor, indem sie fruchtbares Land an ausländische private und staatliche Unternehmen verkauft, was in vielen Fällen zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung führt.

Aufgaben von Entwicklungsakteuren

Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft sind gefordert, gemeinsam erfolgreiche Strategien für die Transformation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu entwickeln. Denn nur wenn alle Beteiligten die Herausforderungen von verschiedenen Seiten angehen, lassen sich tragfähige Lösungen finden. Dabei können Entwicklungsorganisationen dank ihren langjährigen Erfahrungen in den Ländern Subsahara-Afrikas solche Multistakeholder-Dialoge initiieren. Staatliche Entwicklungsagenturen wie die DEZA können ihren Teil dazu beitragen.

Innovative Entwicklungsorganisationen haben die Möglichkeit, langfristig angelegte Partnerschaften zwischen der Privatwirtschaft und beispielsweise Kleinbauern-Kooperativen einzufädeln, die den Familien ein faires Einkommen und den Unternehmen gute, nachhaltige Produkte verschaffen und dabei der Umwelt Sorge tragen. Dank guter Vernetzung können sie Projekte mitgestalten, die auf den Kontext eines Landes zugeschnitten sind und die Anforderungen an nachhaltige und skalierbare Entwicklungseffekte erfüllen. Dazu gehören Angebote in der praxis-orientierten Berufsbildung, wo neben fachlichem Wissen auch soziale Kompetenzen Teil des Curriculums sind. Gleichzeitig sollen NGOs ein Auge darauf haben, was funktioniert und was nicht und warum. Und sie haben immer auch die Aufgabe, das Einhalten sozialer und ökologischer Standards, der Menschenrechte und der Geschlechtergerechtigkeit durch Unternehmen und Verwaltung zu kontrollieren und einzufordern.

Abb. 3: Ungleichheit in Ländern Subsahara-Afrikas, gemäss Gini-Koeffizient nach Einkommensverteilung



Daten: Weltbank (Werte aus unterschiedlichen Zeiträumen und Untersuchungen). Eigene Grafik



© Helvetas / Fatoumata Diabate

Die Folgen des Klimawandels: Dürre in Äthiopien

Staaten mit autokratisch herrschenden Machthabern sind von schlechter Regierungsführung, Korruption und erheblichen rechtsstaatlichen Defiziten gezeichnet. Staatliche Dienstleistungen gibt es kaum, der Spielraum für die Zivilgesellschaft ist gering («shrinking space»), vor allem aber werden Menschenrechte verletzt und soziale und politische Bewegungen unterdrückt. Als Folge fehlt es speziell den Menschen in ländlichen Regionen an wirtschaftlichen Perspektiven, was zu Migrationsbewegungen in die Stadt oder über die Grenzen führen kann.

Gemäss dem Fragile State Index 2019 befinden sich 21 der 30 fragilsten Länder der Welt in Afrika. Die an verschiedenen Orten anhaltenden Krisen und Konflikte – vielfach Ausdruck einer wachsenden fundamentalistischen Radikalisierung – sind Ursachen und gleichzeitig Folge von Fragilität. Auch wenn deren Zahl leicht rückläufig ist, zählte das Heidelberg Institut für internationale Konfliktforschung HIIK für 2018 in Subsahara-Afrika über 90 aktive Konflikte, insbesondere in Somalia, Südsudan, Sudan, Nigeria, Dem. Rep. Kongo und Mali.

Reichhaltige Ressourcen und Biodiversität versus Folgen des Klimawandels

Subsahara-Afrika ist von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen. Laut Berechnungen des Weltklimarats IPCC (Szenario RCP8.5) wird ein Grossteil Sub-

sahara-Afrikas mit einem erhöhten Dürrierisiko konfrontiert sein. Bis 2050 werden die Temperaturen über dem grössten Teil der Landgebiete um 2°C ansteigen, bis Ende des Jahrhunderts um 4°C. Zudem werden die Niederschläge im Süden und Norden Afrikas vielerorts stark zurückgehen, während sie in grossen Teilen Ostafrikas zunehmen.

Die Küstenregionen erleiden mehr Stürme und Schäden aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels. Oftmals lebt die ärmste Bevölkerungsschicht in anfälligen Küstengebieten, was massive klimabedingte Migrationsbewegungen mit sich bringen dürfte. Gleiches gilt für von Dürre bedrohte ländliche Regionen, sofern es nicht gelingt, die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, die lokale Wirtschaft voranzubringen und dabei insbesondere die Produktivität des Agrarsektors mit innovativen und angepassten Methoden schrittweise zu steigern.

Die afrikanische Politik wird sich diesen Problemen stellen müssen. Zudem werden afrikanische Länder künftig mehr Energie benötigen. Damit diese nicht aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird, braucht es Investitionen in eine «grüne» nachhaltige Wirtschaft. Dies ist eine Chance für innovative einheimische Unternehmen, in die Herstellung und Verteilung erneuerbarer Energien wie Fotovoltaik, nachhaltige Bioenergie, Wind- und Wasserkraft zu investieren und diese voranzutreiben.

BEVÖLKERUNG IN BEWEGUNG

Demografische Entwicklungen und Mobilität sind für Subsahara-Afrika besondere Herausforderungen. Die Bevölkerung wird sich in den kommenden 30 Jahren verdoppeln und die Gesellschaften sind sehr jung. Die Verstädterung nimmt zu, auch weil junge Menschen aus ländlichen Regionen auf der Suche nach einem Auskommen in die Stadt migrieren. Daraus ergeben sich auch Chancen für eine nachhaltige Entwicklung.

Bevölkerungswachstum

Prognosen der UNO zufolge wird sich die Bevölkerung Subsahara-Afrikas bis 2050 verdoppeln, von heute 1,1 auf 2,1 Milliarden Menschen. Die Wachstumsrate ist mit 2,6 Prozent überdurchschnittlich hoch, ist aber seit 1980 leicht gesunken und wird laut UNO-Prognosen bis 2075 auf 1,2 Prozent zurückgehen (Abb. 4).

Das Bevölkerungswachstum wird von vier Faktoren bestimmt: Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Fruchtbarkeitsraten und eine junge Bevölkerung (siehe S. 9: «Demografische Daten»). Dank verbesserter Gesundheitsversorgung in den letzten Dekaden sind die Säuglings- und Müttersterblichkeit zurückgegangen. Damit steigt die Lebenserwartung, wächst aber auch die Bevölkerung. Während langsam sinkende Fruchtbarkeitsraten den Wachstumseffekt bremsen, bewirkt die hohe und weiter ansteigende Anzahl junger Frauen das Gegenteil. Erst wenn höhere Lebenserwartung und tiefere Fruchtbarkeitsraten die Alterspyramide verändern, wird das Wachstum zurückgehen. Das beste Mittel gegen ein grosses und

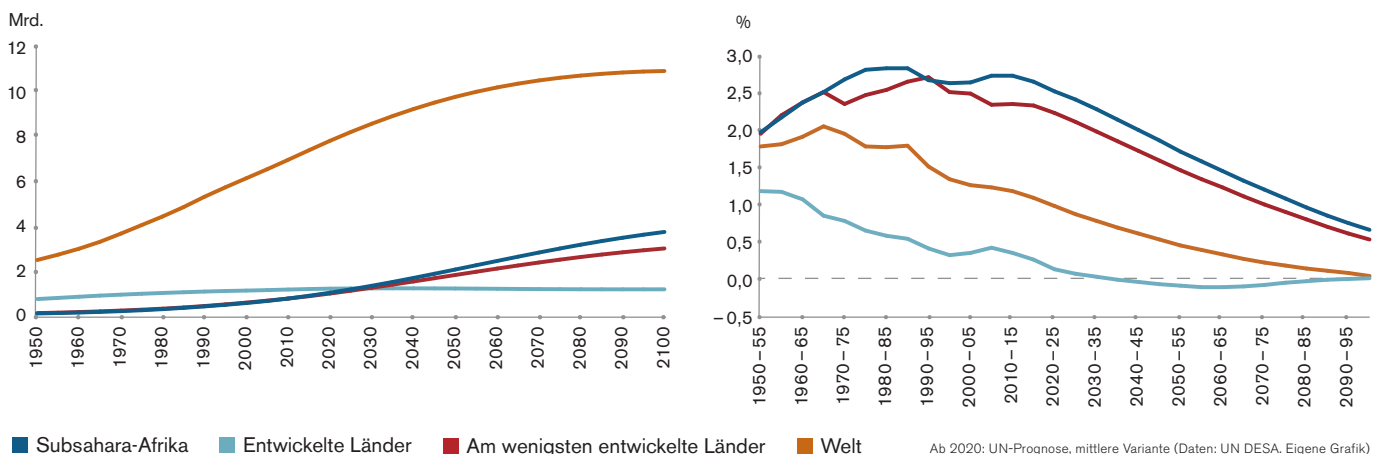
ungeplantes Bevölkerungswachstum ist aber die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen.

Wachstumsprognosen nähren (falsche) Vorstellungen einer starken Bevölkerungsdichte, die zu grossen Migrationsbewegungen (nach Europa) führen wird. In Subsahara-Afrika leben aber aktuell gerade einmal 50 Personen pro km², wenn auch mit starken regionalen Unterschieden. Zum Vergleich: in Südasien liegt die Dichte bei 380, in der Schweiz bei 212 Personen, in der EU bei 121 und weltweit bei 60 Personen pro km².

Altersstruktur und die demografische Dividende

Subsahara-Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt. Knapp die Hälfte ist unter 15 Jahre alt, nur drei Prozent sind älter als 64 Jahre. Laut UNO-Prognosen wird der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung erheblich ansteigen, während jener der Kinder langsam zurückgehen und jener der über 64-Jährigen weitgehend stagnieren wird (Abb. 5).

Abb. 4: Bevölkerungsentwicklung in Milliarden und in Prozent 1950–2075



Ab 2020: UN-Prognose, mittlere Variante (Daten: UN DESA. Eigene Grafik)

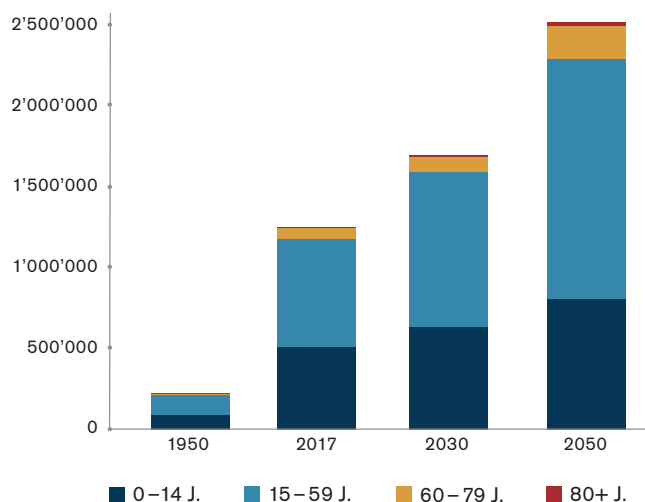
Es wird sich an der jungen Bevölkerung entscheiden, ob es gelingt, Armut, Fragilität und Konflikte zu überwinden und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Wohlstand und Frieden zu ermöglichen. Dies ist keineswegs sicher, aber auch nicht unrealistisch. Voraussetzung dafür ist eine günstige Altersstruktur, das heisst eine zahlenmässig grosse, junge und gut ausgebildete Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gegenüber wenigen abhängigen Kindern und alten Menschen. Dieser demografische Bonus wandelt sich in eine demografische Dividende, also in einen volkswirtschaftlichen Gewinn, wenn diese Erwerbsfähigen tatsächlich erwerbstätig werden. Dafür muss die heutige junge Generation aber eine gute Bildung erhalten, einen Beruf erlernen, einen Arbeitsplatz finden und auf ein funktionierendes Gesundheitssystem zurückgreifen können – alles Faktoren, die auch das Bevölkerungswachstum verlangsamen werden.

Migration und Flucht

Migration umfasst in den UNO-Statistiken alle Menschen, die nicht über die Nationalität ihres Domizillandes verfügen, ungeachtet ihres Status' und ihrer Beweggründe. 2017 zählten dazu gut 36 Millionen afrikanische Migrantinnen und Migranten (14% der weltweiten Migration). Von ihnen lebten knapp 20 Millionen innerhalb Afrikas, gut 9 Millionen in Europa. Zum Vergleich: Von den 106 Millionen asiatischen Migrantinnen und Migranten leben 63 Millionen innerhalb Asiens und 20 Millionen in Europa. Unter Flucht («forced displacement») zählt das UNHCR alle Menschen, die vor Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen, kriegerischer Gewalt, Vertreibungen oder ethnischen Säuberungen flüchten, einschliesslich der Binnenvertriebenen. 2018 gab es weltweit 71 Millionen Vertriebene, davon ein Drittel in Subsahara-Afrika, insbesondere aus der Dem. Rep. Kongo (5,2 Mio.), Südsudan (4,1), Somalia (3,6), Äthiopien (2,7), Sudan (2,6) und Nigeria (2,4).

Die innerafrikanische Migration (Abb. 6) kennt viele Treiber: schnelles Bevölkerungs- und Arbeitskräftewachstum ohne entsprechende Arbeitsstellen, fragile Staatlichkeit, autoritäre Regimes und ethnische Konflikte, aber auch regionaler wirtschaftlicher Niedergang und Abbau des öffentlichen Sektors als Folge von Strukturanpassungsmassnahmen, Armut und – nicht zuletzt – Umweltverschmutzung und die Folgen des Klimawandels. Migration steht in Subsahara-Afrika vor allem für die Suche nach

Abb. 5: Bevölkerung Afrikas nach Altersgruppen 1950 / 2017 / 2030 / 2050 (in Tausend)



Daten: UN DESA; eigene Grafik

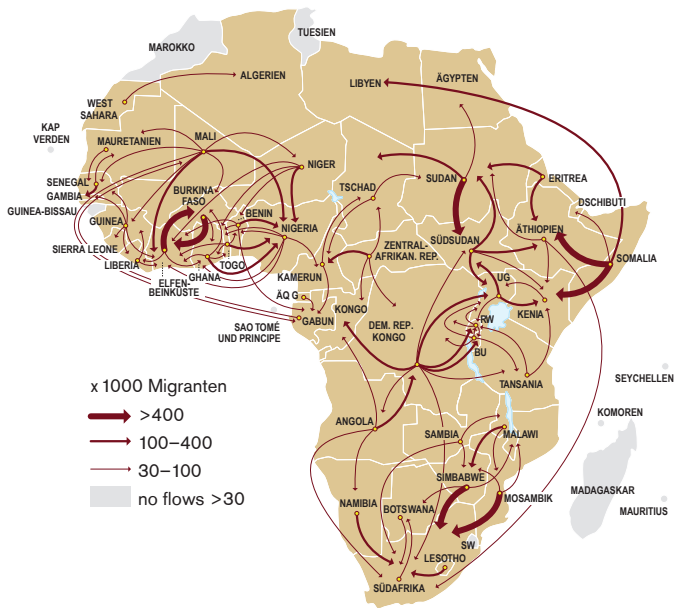


Binnenvertriebene in Jonglei State, Südsudan

Auskommen oder Schutz. Nur eine verschwindend kleine Minderheit versucht, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Ziel sind sekundäre oder grosse Städte, die eine starke transformative Kraft ausstrahlen. Allerdings mündet die Migration oft in informellen städtischen Siedlungen, die neben, aber rigoros getrennt von wohlhabenden Quartieren liegen. Doch Migration kann auch ein Motor für die urbane Entwicklung sein, da viele Migrantinnen und Migranten mit ihrer Herkunftsregion verbunden bleiben und zur dortigen Armutsbekämpfung beitragen wollen. Daraus ergibt sich ein erhebliches Produktions- und Beschäftigungspotenzial im (informellen) urbanen Sektor.

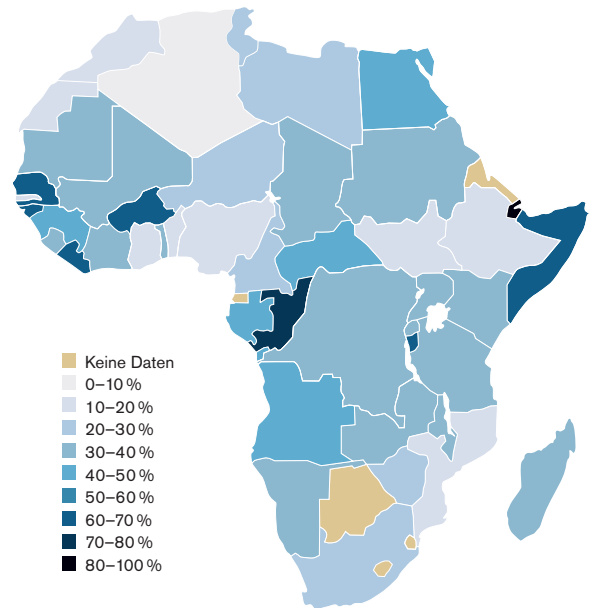
Demografische Daten	Lebenserwartung	Säuglingssterblichkeit pro 1000 Geburten	Fruchtbarkeitsrate	Durchschnittsalter
Welt	72	29	2,4	31
Industrieländer	79	5	1,6	41
Entwicklungsländer	71	34	2,6	29
Subsahara-Afrika	61	52	4,8	19

Abb. 6: Afrikanische Binnenmigration (2015)



Quelle: African Studies Centre Leiden

Abb. 7: Urbanisierungsgrad (2015)



Quelle: Brookings/World Development Indicators (World Bank)

Urbanisierung

Der Urbanisierungsgrad Subsahara-Afrikas liegt bei etwa 40 Prozent, mit erheblichen regionalen Unterschieden (Abb. 7). Bis 2035 wird eine Mehrheit der Afrikanerinnen und Afrikaner in Städten leben. Meist handelt es sich dabei um Sekundärstädte, vor allem im ländlichen Raum. Sie verfügen meist über genügend Land, beherbergen kleinere und mittlere Industrie- oder Agrarunternehmen mit lokaler Wertschöpfung, spielen als regionale Marktstädte eine wichtige Rolle in Handel, Kultur und Bildung und reduzieren die Migration in die Megacities. Sie verbinden ländliche und grössere städtische Gebiete und können wirksam zu einer inklusiven und gerechten regionalen Entwicklung beitragen. Doch bleibt dieses Potenzial oft unbemerkt. Nebst den Sekundärstädten zählt Subsahara-Afrika heute etwa 50 Städte mit über einer Million und mehrere Megacities mit über 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Bis 2030 wird zudem ein urbaner Küstengürtel von Abidjan bis Lagos mit über 50 Millionen Menschen entstehen.

Dieser Urbanisierungsprozess ist irreversibel und wird weitergehen. Die damit einhergehenden Herausforderungen rufen nach städtischen Multistakeholder-Koalitionen, in denen Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Verwaltung, Privatsektor, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele und Massnahmen im Sinne der New Urban Agenda der UNO-Konferenz Habitat III von 2016 ausarbeiten. Dies ist dringend, können doch städtische Infrastrukturen und Dienstleistungen mit der wachsenden Bevölkerung nicht Schritt halten: Mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung lebt heute in Slums, und

nur 40 Prozent haben Zugang zu ausreichenden Sanitäranlagen. Abfallmanagement und Wasserversorgung stellen Stadtverwaltungen vor immense Probleme. Die Situation verschärft sich durch nicht-nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, den Verlust der Biodiversität, Umweltverschmutzung und die Folgen des Klimawandels. Zudem führen soziale Segregation und Marginalisierung zur Zunahme der Ungleichheit.

Das Wachstum vieler afrikanischer Länder beruht auf dem Rohstoffsektor. Dessen Profiteure konzentrieren ihre Ausgaben auf die Städte, wodurch dort die Nachfrage nach Konsumgütern und -dienstleistungen steigt. Dieser Trend zu Konsumstädten (anstatt Produktionsstädten) führt dazu, dass zuwandernde Menschen oft unqualifizierte Tätigkeiten im informellen Dienstleistungssektor übernehmen. Die Städte sind überfüllt statt verdichtet aufgrund von Infrastrukturdefiziten. Sie sind fragmentiert statt vernetzt und haben keine miteinander verbundenen Viertel und keine verlässliche Transportinfrastruktur. Sie sind teuer für Haushalte und Unternehmen aufgrund hoher Lebens-, Wohn- und Transportkosten. Eine verarbeitende Industrie entwickelt sich kaum, Unternehmen produzieren hauptsächlich lokal nachgefragte Güter und Dienstleistungen mit wenig Wertschöpfung. Mit Ausnahme der Produkte für die Baubranche werden die meisten industriellen Güter aus dem Ausland importiert. Ohne einen dynamischen und nachhaltigen industriellen Sektor bleibt das wirtschaftliche Wachstum der Städte und damit auch das Beschäftigungswachstum beschränkt.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis 2030 von aktuell 705 Millionen auf eine Milliarde ansteigen. Bei der derzeitigen Wachstumsrate der Erwerbsbevölkerung braucht es jedes Jahr bis zu 20 Millionen zusätzliche menschenwürdige Arbeitsplätze im informellen ebenso wie im formellen Sektor. Das bedingt ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozial- und umweltverträgliche Investitionen in Bildung und Beschäftigung.

Subsahara-Afrika ist trotz wirtschaftlicher und politischer Erfolge weiterhin vielerorts von Arbeitslosigkeit, Subsistenzwirtschaft, prekären Arbeitsverhältnissen und Armut gezeichnet. Um dies zu überwinden, braucht es eine Transformation der Wirtschaft, mit Diversifizierung und Produktivitätssteigerung, einer nachhaltigen Industrialisierungsstrategie sowie einer Politik, die sicherstellt, dass die Wohlstandsgewinne der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Herausforderungen und Chancen

Die steigende Nachfrage nach industriellen und agrarischen Gütern verlangt eine Wirtschaftspolitik, auf die der formelle und der informelle Sektor bauen können, die auf technologische Verbesserungen setzt und dabei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Da Güter wie Nahrung, Wasser oder Energie überwiegend aus dem ländlichen Raum kommen, muss eine nachhaltige Politik zunächst auf die Wertschöpfung und Produktivitätssteigerung dortiger Branchen fokussieren. Dabei kann ein umweltschonender, nachhaltig modernisierter Agrarsektor unter Einbezug von Familienbetrieben und Bauernorganisationen für Ernährungssicherheit sorgen und den Menschen auf dem Land und in den Sekundärstädten ein besseres Leben ermöglichen. Doch damit erhöht sich auch der Druck auf Land, Wasser und natürliche Ressourcen und bedroht die Biodiversität. Zudem steht wirtschaftliches Wachstum im Spannungsfeld mit der schwindenden Klimastabilität. Gleichzeitig steigt das Risiko gewaltsamer Konflikte um knapper werdende natürliche Ressourcen.

Einheimische Unternehmen investieren heute in erfolgversprechende Geschäftsfelder, ebenso ausländische Unternehmen und Investoren einschliesslich der afrikanischen Diaspora. Dabei gewinnen die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) an Bedeutung und tragen zur regionalen Integration bei: Zahlreiche Unternehmen sind dank digitaler Vernetzung in vielen Volkswirtschaften tätig und engagieren sich für saubere Energie-, Transport- oder



© Laif / Le Figaro Magazine / Borgaud

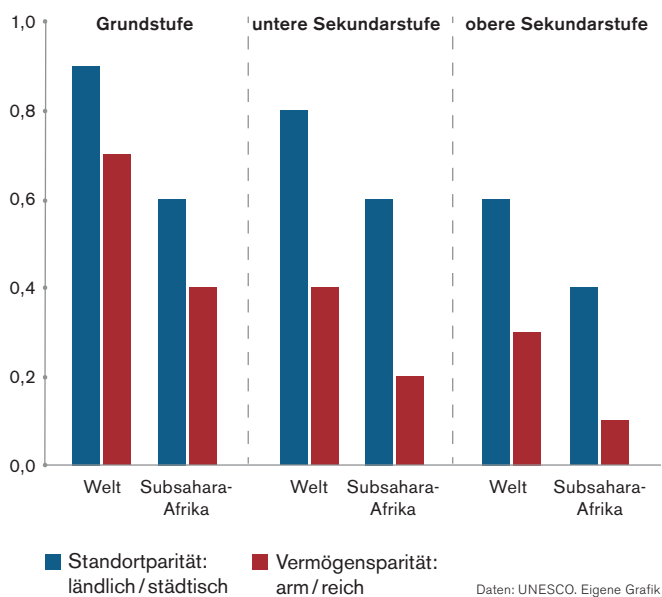
kLab, ein offenes, innovatives Technologiezentrum in Kigali, Ruanda

Kommunikationslösungen (Internet, Mobilfunk). Innovative digitale Produkte ermöglichen den Zugang zu Online-Bildungsangeboten und -Gesundheitsdienstleistungen oder Verbesserungen im Agrarsektor, zum Beispiel mit Apps für wetterangepasste Anbaumethoden. Allerdings kann diese Entwicklung die digitale Kluft vertiefen, Arbeitsplätze kosten somit die Ungleichheit verschärfen, sofern nicht in entsprechende Kompetenzen und neues Wissen investiert wird.

Beschäftigungswirksam sind zudem der Ausbau eines sanften Tourismus sowie eine erfolgreiche Positionierung als Business Process Outsourcing Destination dank Standortvorteilen wie englisch- oder französischsprachige junge Menschen mit hoher Bildung, tiefe Arbeitskosten und Zeitonenparallelen mit Europa. Im Weiteren wird der Rohstoffsektor unter Respektierung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie Umweltstandards wichtig bleiben.

Im Fokus der Transformation steht für die AU die Entwicklung eines afrikanischen Binnenmarkts. Ende Mai 2019 trat dazu das Afrikanische Freihandelsabkommen in Kraft, dem alle AU-Mitglieder ausser Eritrea zugestimmt haben. Es strebt eine Zoll- und Währungsunion mit gemeinsamem

Abb. 8: Bedeutung von Standort und Reichtum für den Schulzugang



Markt an, auf der Basis einer ausgebauten Infrastruktur, allenfalls mit dem «Afro» als gemeinsame Währung, dessen Einführung für 2028 angedacht ist. Damit würde die weltweit grösste Freihandelszone entstehen, mit einer Wirtschaftsleistung von drei Billionen US-Dollar und gut anderthalb Milliarden Menschen. Soziale und ökologische Mindeststandards sucht man im Abkommen aber vergebens.

Formelle und informelle Wirtschaft

Mittels Investitionen in den genannten Branchen können im formellen Sektor Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Voraussetzungen dafür sind die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption, der Abbau regulatorischer Hürden sowie soziale und ökologische Mindestnormen. Damit wird auch der informelle Sektor gestärkt, der in Subsahara-Afrika rund 60 Prozent der Volkswirtschaft ausmacht. Dieser umfasst qualifizierte Arbeiten wie die Herstellung und der Verkauf eigener Produkte und Dienstleistungen oder Reparaturservices, aber auch Strassenverkauf, Transport und der Grossteil der Landwirtschaft. Oft handelt es dabei sich um traditionelle Familienbetriebe. Der informelle Sektor ist dynamisch, komplex und belastbar und umfasst viele innovative und flexible Unternehmen, sei es im Agrarsektor, in der Informationstechnologie, bei Dienstleistungen oder im Tourismus.

Formeller und informeller Sektor stehen in enger Wechselwirkung und bilden gemeinsam die Säulen für eine nachhaltige Entwicklung. Der informelle Sektor erbringt dabei Dienstleistungen für Akteure des formellen Sektors

und bietet einen flexiblen Arbeitsmarkt für überschüssige Arbeitskräfte. Ihn zu formalisieren, wie dies seitens wachstumsorientierter Institutionen propagiert wird, liesse die soziale Ungleichheit anwachsen: Einige Akteure würden davon profitieren, der Grossteil der Bevölkerung aber bliebe ausgeschlossen. Wirksame ökonomische und politische Interventionen setzen voraus, dass alle Akteure – öffentlich und privat, formal und informal – fähig und motiviert sind, wichtige Funktionen effektiv zu erfüllen. Dazu braucht es Investitionen in Bildung, speziell im ländlichen Raum, wo rund 60 Prozent der Bevölkerung lebt.

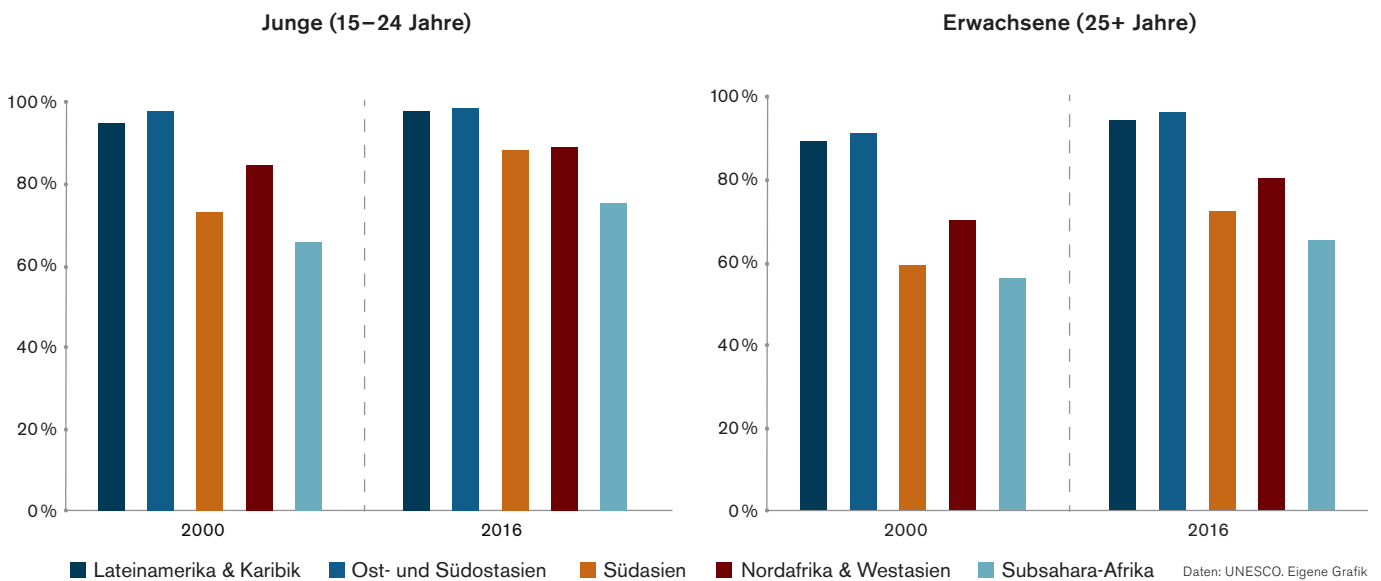
Schulbildung und Life Skills

Grund- und Berufsbildung sind Treiber der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung und tragen zu Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe bei. Doch weist Subsahara-Afrika weltweit die tiefsten Einschulungsraten auf. Fehlende Investitionen in Bildung und Gesundheit haben laut dem Human Capital Index 2017 der Weltbank gravierende Verluste von bis zu 40 Prozent des Produktivitätspotenzials von Subsahara-Afrika zur Folge.

Vorschulische Angebote für frühkindliche Entwicklung sind eine wesentliche Voraussetzung für die schulische Laufbahn von Kindern, die hier erste Life Skills beispielsweise hinsichtlich Sicherheit und Ernährung erlernen und wo die Basis für lebenslanges Lernen gelegt wird. In der Schulbildung geht es nebst der Wissensvermittlung auch um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen. Aber jedes fünfte Kind zwischen 6 und 11 Jahren ist nicht eingeschult. Bei den 12- bis 14-Jährigen sind es über 30 und bei den 15- bis 17-Jährigen fast 60 Prozent. Zudem beenden nur vier von zehn eingeschriebenen Kindern die Grundschule und über 85 Prozent erreichen das Mindestmass an Lesekompetenz nicht. Bei Mädchen ist die Situation besonders prekär. Drängende Problem sind:

- **Armut und Ausgrenzung:** Einkommen und Wohnort sind bei der Einschulungsrate entscheidend (Abb. 8). In ländlichen Gebieten haben arme Kinder oft keinen Zugang zu Schulen oder müssen arbeiten. Eltern haben kein Geld für Schulmaterial, oder die Schulsprache ist nicht die Muttersprache. Weitere Ausschlussfaktoren: traditionelle Rollenzuweisungen für Mädchen, Ethnizität, Konflikte und Fluchtsituation.
- **Defizite in den Schulen:** Vielerorts mangelt es an qualifizierten Lehrpersonen und Lehrmaterial, gibt es Klassen mit 40 und mehr Kindern, ist die Unterrichtsqualität schlecht und die Infrastruktur marode (Trinkwasser, Elektrizität, sanitäre Anlagen).
- **Budgets:** Durchschnittlich fließen nur 17 Prozent der öffentlichen Ausgaben in die Bildung, davon knapp

Abb. 9: Alphabetisierungsgrad nach Weltregionen, 2000/2016



80 Prozent in die weiterführende Bildung der 18- bis 22-Jährigen und nur je etwa 10 Prozent in die Grund- und Sekundarschule. Dazu passt, dass nicht einmal ein Drittel der Länder den kostenlosen, obligatorischen Schulbesuch von neun Jahren kennt.

Berufsbildung für die formelle und informelle Wirtschaft

Die prekäre Schulbildung erschwert eine tragfähige Berufsbildung: 2016 wies Subsahara-Afrika weltweit die tiefsten Alphabetisierungsraten auf (Abb.9).

Die formale und die non-formale Berufsbildung vermitteln Kompetenzen, nach Möglichkeit in dualer Form durch Verknüpfung von theoretischem und praktischem Know-how, schulisches Wissen und Schlüsselkompetenzen (life skills) ebenso wie handwerklich-technische und betriebswirtschaftliche Kompetenzen. Voraussetzung dafür ist ein formeller Sektor, der Ausbildungsplätze anbietet und diese in Absprache mit den Bildungsinstituten ausgestaltet. Privatsektor und Verwaltung sind auf solche qualifizierten Arbeitskräfte angewiesen.

Die informale und die traditionale Lehrlingsausbildung sind weitverbreitet, wobei sich letztere aufgrund von Spezialisierung und verstärkter Arbeitsteilung vielerorts in eine informale Lehre wandelt. Lehrlinge erwerben ihre Qualifikation am Arbeitsplatz, allerdings sind die Ausbilder oft nicht willens oder in der Lage, neue Kenntnisse und Technologien in die Lehre einzubauen. Dennoch ist die informale Lehrlingsausbildung wertvoll, vermittelt sie doch mehr als nur handwerkliche Kompetenzen und gibt Jugendlichen in urbanen Zentren und im ländlichen Raum eine Perspektive für eine Anstellung im informellen oder auch im formellen Sektor. Dies muss gestärkt werden.



Behelfsmässige Primarschule für Kinder aus armen Familien in Harare, Simbabwe

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Anforderungen des Arbeitsmarkts, in den jedes Jahr 15 bis 20 Millionen ausgebildete junge Menschen drängen, ändern sich. Manche Arbeitsplätze werden verschwinden, während andere mit neuen Technologien transformiert und erhalten werden. Neue Arbeitsformen entstehen, für welche die informale Bildung Angebote schaffen muss. Viele Arbeitskräfte im informellen Sektor werden durch Weiterbildung oder Umschulung ihre Qualifikationen verbessern müssen. Die einen können dies über den Markt erreichen, andere werden Hilfe vom öffentlichen Sektor oder von NGOs benötigen. In solchen Programmen können speziell Jugendliche, Frauen und andere benachteiligte Gruppen unterstützt werden.

Alle Berufsbildungsformen sind volkswirtschaftlich relevant und brauchen Unterstützung von Privatsektor, Staat und Gesellschaft. Dafür müssen sie nachfrageorientiert auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes, aber auch auf die Bedürfnisse der jungen Arbeitnehmenden ausgerichtet sein: Die «Welt der Arbeit» und die «Welt der Berufsbildung» müssen eng miteinander verknüpft sein (Abb.10). Die internationale Zusammenarbeit kann dabei wertvolle Impulse liefern. Gleichzeitig muss vom Privatsektor die Einhaltung beziehungsweise Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen eingefordert werden. Laut Schätzungen befinden sich heute etwa 70 Prozent der jungen Arbeitskräfte in Erwerbsarmut (working poor).

Formen der Berufsbildung

formal

staatlich geregelte, zertifizierte Berufsbildung, ausgerichtet auf den formellen Sektor; teilweise stark auf die Vermittlung von theoretischem Wissen orientiert, unter Vernachlässigung von praktischen Fertigkeiten.

non-formal

Berufsbildung ausserhalb des staatlich geregelten Bildungssystems, ohne Zertifizierung, aber analog der formalen Berufsbildung, systematisiert hinsichtlich Lernzielen, -dauer und -mittel, mit Lernorten, Lehrplänen, professionellen Lehrern/Trainern.

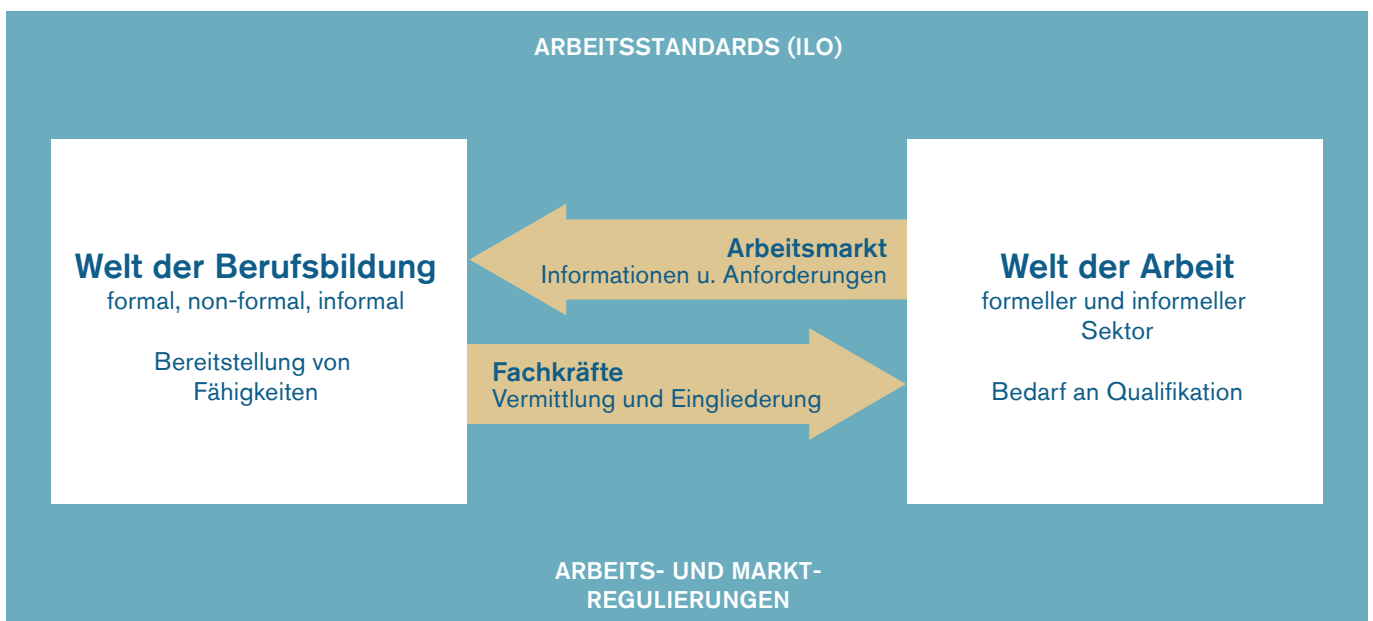
informal

Lehrlingsausbildung in kleinen Betrieben mit Nachweis über die Befähigung zur Ausübung des erlernten Berufs, häufig in Kombination mit der traditionellen Lehre.

traditional

Ausbildung in Familienbetrieben, Übertragen der Fähigkeiten von Vater/Mutter auf Kinder oder andere enge Familienmitglieder; neben beruflicher Qualifikation auch «moralische» Erziehung.

Abb. 10: Interaktion von Berufsbildung und Arbeitswelt



Eigene Grafik



© Helvetas / Simon B. Opladen

Die junge Unternehmerin und Ausbilderin in ihrem «Sahilemariam & Fitfite Men and Women Modern Tailoring Shop» in Bahir Dar, Äthiopien

Entrepreneurship

Viele junge Menschen arbeiten trotz beruflicher Ausbildung unter prekären Bedingungen oder bemühen sich vergeblich um eine Arbeitsstelle. Für diese kann die Gründung eines Kleinunternehmens ein erfolgversprechender Weg aus der Armut sein. Um dabei erfolgreich zu sein, braucht es unternehmerische Initiative und betriebswirtschaftliche Kompetenzen, die im Rahmen der Berufsbildung vermittelt werden müssen.

Doch oft scheitern Unternehmensgründungen bereits bei den notwendigen Anschubkrediten, sei es wegen des wenig entwickelten Bankensystems oder vor allem wegen der verlangten Sicherheiten. Das kann in ländlichen Regionen Grundbesitz sein, allerdings sind unzureichendes Landrecht, fehlende Landregister und Landstreitigkeiten oft ein Hindernis. Schwierig ist es vor allem für Einzelpersonen aus dem informellen Sektor, da sie die Anforderungen der Geldinstitute nicht erfüllen. Anders, wenn sie sich zu Kooperativen zusammenschließen: So erhaltene Kleinkredite machen dann zum Beispiel aus einer (informellen) Strassenhändlerin, die jeden Tag mit einem Korb Tomaten zwei Franken verdient, eine (informelle) Geschäftsfrau mit einem festen Marktstand, durch den sie das fünf- bis zehnfache Tageseinkommen erzielt.

Entrepreneure tragen zur nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Länder bei. Sie finden innovative Lösungen für Entwicklungsprobleme, schaffen Perspektiven und neue Produkte und Serviceleistungen, die national und international einsetzbar sind. Das

Einhalten sozialer und ökologischer Standards vorausgesetzt, tragen sie zu einem besseren Lebensstandard armer Bevölkerungsschichten bei, die beispielsweise in Tech-Start-ups oder Zulieferbetrieben Beschäftigung finden.

Chinas Investitionen

Die Wirtschaftsbeziehungen Afrikas mit Industrie- und Schwellenländern haben in den letzten zwei Dekaden stark zugenommen. So wächst Chinas Engagement in Afrika rapide, speziell mit Investitionen in die Infrastruktur (Bahnlinien, Kraftwerke, Strassen). Es geht um den Zugang zu Rohstoffen, aber auch um die wachsenden Konsumgütermärkte und um mögliche Produktionsstandorte für chinesische Unternehmen. 2016 betrug Chinas Direktinvestitionen in Afrika 36 Milliarden US-Dollar, dreimal so viel wie jene aus der EU. Der Anteil Chinas an Afrikas Importen wuchs von 2000 bis 2016 um 18 auf knapp 23 Prozent, während der EU-Anteil im gleichen Zeitraum um 18 auf 38 Prozent zurückging. Mit Chinas «Belt and Road Initiative», deren maritimer Teil von Asien via Ostafrika nach Europa führt und massive Investitionen in der Infrastruktur umfasst, wird sich Chinas Einfluss auf Subsahara-Afrika weiter erhöhen. Ob dies aber auch massgeblich Beschäftigung für die einheimische Bevölkerung mit sich bringen wird, muss sich erst noch zeigen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN:

HANDLUNGSFELDER FÜR EINE TRANSFORMATION

Damit sich das Entwicklungspotenzial Subsahara-Afrikas entfalten kann, braucht es eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Transformation. Dabei stehen die folgenden fünf Handlungsfelder im Zentrum, deren Umsetzung ein demokratisches Miteinander von Staat, Privatsektor und Zivilgesellschaft voraussetzt. Als Grundlage dienen die «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der UNO und die «Agenda 2063: The Africa We Want» der Afrikanischen Union.

1. Gute Regierungsführung durchsetzen

Viele Staaten sind gezeichnet von schwacher Staatlichkeit und autokratischen Machtstrukturen. Eine erfolgreiche Transformation setzt aber einen stabilen Politikrahmen mit demokratisch legitimierten Regierungen voraus.

- Ohne gute Regierungsführung ist keine Transformation möglich. Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit und -gleichheit, Dezentralisierung von Politik und Verwaltung bis zur lokalen Ebene, demokratische Strukturen mit einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, eine unabhängige Zivilgesellschaft und eine Verwaltung, die der Bevölkerung den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen sichert und ihre Eigentumsrechte einschliesslich traditioneller Landrechte schützt. Regierung und Verwaltung müssen rechenschaftspflichtig sein, effizient, kompetent und transparent handeln, die Menschenrechte einhalten und Korruption bekämpfen.
- Erste Aufgabe einer Regierung ist der Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Dies verlangt einerseits Investitionen in die technische Infrastruktur, speziell in ein sicheres und grenzüberschreitendes Transportsystem (Strassen- und Bahnnetz), in ein leistungsfähiges Kommunikationswesen (Mobilfunk, Internet), in den flächendeckenden Zugang zu sauberer Energie, in Wasserversorgung und – mit speziellem Augenmerk auf städtische Agglomerationen – in ein funktionierendes Abfallmanagement. Zum anderen muss die soziale Infrastruktur gewährleistet sein. Dazu gehören ein allen zugängliches Bildungs- und Gesundheitssystem, angepasste Modelle der sozialen Sicherung und kulturelle Einrichtungen.
- Voraussetzung dafür sind faire und lückenlose Abgaben- und Steuersysteme, damit Regierungen die Mit-



Versammlung des Schulkomitees in Kalana im Cercle Yanfolila/Mali

tel haben, in eine nachhaltige Zukunft zu investieren. Es braucht leistungs- und durchsetzungsstarke Steuerbehörden, die die Geschäftsgebaren internationaler Konzerne ebenso erfassen wie die Vermögen und Einkünfte einheimischer Unternehmen und Eliten.

2. Inklusive Wirtschaft und panafrikanischen Handel verstärken

Subsahara-Afrika verfügt über das Potenzial, seine Wirtschaft inklusiv und beschäftigungswirksam zu gestalten, diese auf den eigenen wachsenden Markt auszurichten und dabei den panafrikanischen Handel voranzutreiben.

- Kernstück der Transformation ist eine inklusive Wirtschaftspolitik, die dem formellen ebenso wie dem informellen Sektor gerecht wird, auf technologische, beschäftigungswirksame Verbesserungen setzt und dabei die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung im Auge hat. Im Fokus stehen Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), in einen sanften Tourismus und nachhaltigen Agrarsek-



© Helvetas / Simon B. Opiaden

Handwerkliche Ausbildung als Maurer und Maurerin in Dodoma, Tansania

tor sowie in Angebote für Business Process Outsourcing. Gleichzeitig ist der Rohstoffsektor sozial- und umweltverträglich auszugestalten. Die Förderung unternehmerischer Initiativen im IKT-Bereich ermöglicht die Nutzung des digitalen Potenzials für eine nachhaltige Entwicklung. Zudem verlangt die Urbanisierung sozial- und umweltverträgliche Investitionen in eine verarbeitende und Dienstleistungsindustrie, um die Nachfrage nach Gütern befriedigen zu können. Dies gilt auch für kleinere und mittlere Industrie- oder Agrarunternehmen in Sekundärstädten.

- Ohne den Auf- und Ausbau eines panafrikanischen Binnenmarkts auf der Grundlage des neuen Afrikanischen

schen Freihandelsabkommens wird die angestrebte Transformation nicht gelingen. Doch braucht es parallel dazu auch den verstärkten Druck seitens Entwicklungsländer und NGOs auf die OECD-Staaten für gerechte internationale Handels- und Investitionsabkommen sowie Massnahmen zur Bekämpfung unläuterer Finanzflüsse, um dem globalen Wettlauf nach unten bei den Unternehmenssteuern zu widerstehen.

3. Junge Bevölkerung und ihr Potenzial fördern

Grosse Teile der heutigen jungen Bevölkerung sind mobil, gut informiert, motiviert und stellen ein grosses Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung dar. Dies kann weiter vorangebracht werden.

- Angebote für frühkindliche Entwicklung vermitteln Kindern Life Skills und legen den Grundstein für deren lebenslange Lernfähigkeit. Eine gute Schulbildung ermöglicht jungen Menschen den Einstieg ins soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Voraussetzungen dafür sind verbesserte Unterrichtsqualität und Massnahmen für höhere Einschulungsraten und Abschlüsse. Erfahrungsgemäss lohnen sich dabei speziell Investitionen in die Sekundarschulbildung und die Chancengleichheit für Mädchen.
- Eine differenzierte, praxis-orientierte Berufsbildung ist das «Eintrittsticket» in den Arbeitsmarkt. Diese muss sich laufend mit neuem Wissen an arbeitsmarktliche



© Alamy Stock Photo / dimages / Jeremy Graham

Lastwagenkolonne vor der Fähre über den Grenzfluss von Sambia nach Botswana



© Helvelas / Fatoumata Diabate

Zwei Frauen verkaufen Lebensmittelprodukte, deren Verarbeitung sie in einem Berufsbildungskurs gelernt haben in Bla, Mali

- und gesellschaftliche Veränderungen anpassen und weiterentwickeln, womit auch der Bedarf an Weiterbildung und Umschulung wächst. Arbeitsplätze werden verschwinden und neue entstehen, andere durch neue Technologien umgewandelt. Dies verlangt die Fähigkeit, zukunftsweisend zu denken, und braucht Flexibilität seitens der Ausbildungsinstitute und Bildungsministerien sowie Unterstützung durch den öffentlichen Sektor, NGOs und andere Stellen.
- Eine beschäftigungswirksame Berufsbildung fusst auf der engen Zusammenarbeit zwischen der «Welt der Arbeit», die ihren Bedarf formuliert und Marktinformationen liefert, und der «Welt der Berufsbildung», die ihre Absolventinnen und Absolventen der Nachfrage entsprechend ausbildet. Nationale Strategien sollen diese Interaktion unterstützen. Dazu kann die internationale Zusammenarbeit wertvolle Impulse geben.
- Die Gründung von Kleinunternehmen («Start-ups») ist ein vielversprechender Schritt zur Überwindung der Armut, sowohl im ländlichen als auch im städtischen Kontext. Solche Entrepreneure schaffen mit ihren Produkten und Serviceleistungen vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten. Voraussetzung für den Erfolg sind die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse und speziell der Zugang zu Anschubkrediten, auch im informellen Sektor.
- Ein freier panafrikanischer Personen- und Güterverkehr mit einheitlichen Regelungen kommt der Bereitschaft junger Menschen zur regionalen Mobilität entgegen. Die Arbeits- oder Bildungsmigration verbessert deren Berufsperspektiven, fördert Innovation und Wissenstransfer, trägt zur Entwicklung lokaler und regionaler Wirtschaftsräume bei und stärkt Toleranz, Frieden und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Dafür muss die Migration unter menschenwürdigen und sicheren Bedingungen stattfinden können, gemäss der Decent Work Agenda der ILO und dem Globalen Migrationspakt der UNO.

4. Frauen wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch stärken

Die wirtschaftliche Stärkung von Frauen ist unabdingbar für Entwicklung und Armutsbekämpfung, auch wenn sie nicht zwangsläufig in sozialer Gleichstellung mündet.

- Die Mitsprache in Gesellschaft und Familie, das Überwinden kultureller Barrieren sowie politische Mitgestaltung, zugängliche Informationen über Frauenrechte und Beschäftigungsperspektiven über familiäre Care-Aufgaben hinaus ermöglichen Frauen ein selbstbestimmtes Leben und wirken so auch gesellschaftlichen und ökonomischen Zwängen entgegen, viele Kinder gebären zu müssen.

- Dank Schul- und Berufsbildung verändern Frauen den traditionellen Alltag, entfalten Perspektiven und ergreifen wirtschaftliche Chancen, die zur sozialen Mobilität und politischen Teilhabe beitragen. Ihre mit Bildung und reduzierter Familiengrösse gewonnenen Fähigkeiten und Freiräume können sie für Beschäftigung und Entrepreneurship nutzen. Gut ausgebildete und wirtschaftlich erfolgreiche Frauen bestimmen ihre Familienplanung aktiv.
- Das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit der Frauen fordert den Ausbau des Gesundheitssektors sowie der Familienberatung und -planung. Dazu gehören einerseits Informationskampagnen über Gesundheitsthemen, eine medizinische Grundversorgung, Impfkampagnen und Prävention, andererseits der selbstbestimmte Zugang zu reproduktiven Gesundheitsangeboten, Sexuaufklärung und Verhütung. Dies trägt zu sinkender Kindersterblichkeit und tieferen Fruchtbarkeitsraten bei.
- Angepasste soziale Sicherungssysteme sind für Gesellschaften ein wichtiger Schritt, sich auf die schrittweise Alterung der Bevölkerung vorzubereiten. Dabei verlieren Kinder als Alterssicherung an Bedeutung, wodurch die Geburtenraten zurückgehen. Solche Systeme müssen im formellen ebenso wie im informellen Sektor zum Tragen kommen.

5. Klima-Resilienz steigern

Ob Dürren, Überschwemmungen, Stürme oder der Anstieg des Meeresspiegels, Subsahara-Afrika ist von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen. Die Stärkung der Widerstandskraft gegen diese Bedrohungen hat höchste Priorität. Gleichzeitig braucht es Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen.

- Investitionen in eine klimasensitive Infrastruktur und in erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen mit der Erforschung und Weiterentwicklung klimafreundlicher Technologien. Zukunftsweisend sind Windparks und Fotovoltaik, ebenso wie beispielsweise günstige Solarpanels für Haushalte und solarbetriebene Schulen und Spitäler. Staudämme zur Sicherung der Stromversorgung hingegen sind umstritten, wenn dafür Regenwälder abgeholzt, Dörfer umgesiedelt oder ganze Ökosysteme zerstört werden.
- Küstenstädte werden zunehmend von Stürmen und dem Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Um den verschiedenen Risiken zu begegnen, braucht es in erster Linie eine ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung und -planung, die darauf zielt, das Land und



© Helvetas / Luigi Baldelli

Einfache, preiswerte Solarpanels für Einfamilienhäuser in Androfiabe, Madagaskar

andere Ressourcen nachhaltig zu nutzen und die Versorgung der Bevölkerung bei Katastrophen sicherzustellen. Zudem können Deiche, Kanäle und wo nötig Gezeitenbauwerke, die bei Flut geschlossen werden und bei starken Regenfällen das Wasser abfliessen lassen, besonders gefährdete Stadtteile schützen.

- In von Dürre bedrohten ländlichen Regionen geht es darum, die Produktivität des Agrarsektors mit innovativen und angepassten Methoden schrittweise zu steigern, die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und die lokale Wirtschaft voranzubringen. So können mittels spezieller Bewässerungssysteme und traditioneller Nutzpflanzen die Erosion verhindert und die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten werden. Zudem wird durch Aufforstung die Desertifikation aufgehalten und Ackerland geschützt, zum Beispiel mittels der von der AU 2005 beschlossenen «grünen Mauer» von Dakar bis Dschibuti, mit dem dezentralen Ansatz, viele kleine, in Dorfgemeinschaften verwurzelte Projekte zu unterstützen und existierende Baumbestände zu erhalten.

IMPRESSUM

Herausgeber: Helvetas Swiss Intercooperation

Von der Helvetas-Geschäftsleitung am 22. August 2019 verabschiedet.

Autor: Geert van Dok
 mit Beteiligung von: Zenebe B. Uraguchi
 Redaktion: Rebecca Vermot
 Grafiken und Layout: Marco Knobel, Susanna Zopfi
 Bildredaktion: Andrea Peterhans
 Druck: Künzle Druck AG, Zürich
 Papier: RecyStar nature, 135 g/m²

Helvetas-Diskussionspapiere richten sich an Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft der Schweiz. Helvetas greift darin entwicklungs-politische Themen auf und formuliert Empfehlungen zum politischen Handeln der Entwicklungsakteure in der Schweiz.



HELNETAS Swiss Intercooperation

Weinbergstrasse 22a, CH-8001 Zürich

Tel: +41 (0)44 368 65 00

Geschäftsstelle Bern

Maulbeerstrasse 10, CH-3001 Bern

Tel: +41 (0)31 385 10 10

info@helvetas.org

www.helvetas.org